

# Der sächsische Erzähler,

## Lageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Erscheint jeden Freitag abends für den folgenden Tag und bildet ein Heft für den Mittwochs- und Sonnabend-Abend. Bei Abnahme von 10 Exemplaren 1 M. 50 Pf., bei Abnahme von 20 Exemplaren 1 M. 70 Pf., bei Abnahme von 50 Exemplaren 1 M. 90 Pf. Einzelne Nummern kosten 10 Pf. Nummer der Zeitungspostliste 6587.

#### Fernsprechstelle Nr. 22.

Befellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Geschäftsstelle dieses Blattes angenommen. Schluß der Geschäftsstelle Abends 8 Uhr.

Dreimonatsblätter Jahrgang.

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher, und kostet die viergespaltene Kopfszeile 12 Pf., die Restzeile 30 Pf. Geringster Insertatenbetrag 40 Pf. Für Wiederholung eingeleiteter Manuskripte ohne seine Gewähr.

Als Beiträge der Besitzer von Pferden und Rindern zur Deckung der im Jahre 1908 bestrittenen Verläge

a) an Viehschadenentschädigungen (Verordnung vom 4. März 1881, Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 13 ff.),

b) an Entschädigungen für nichtgewerbliche Schlachtungen

(Gesetz vom 2. Juni 1898 und Ausführungsverordnung vom 2. November 1906, Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 74 bez. 364 ff.)

und nach der Viehaufzeichnung vom 1. Dezember 1908 zu leisten für jedes im Privatbesitz befindliche

Pferd zu a) 2 M. 20 Pf.,

Rind unter 3 Monaten (einschl. der Kalber unter 6 Wochen) zu a) — M. 21 Pf., Rind von 3 Monaten und darüber zu a) — M. 21 Pf., zu b) 1 M. 22 Pf., zu 1 M. 43 Pf., sowie für jedes im Reichs- oder Staatsbesitz befindliche

Rind von 3 Monaten und darüber zu b) 1 M. 22 Pf.

Die Erhebung dieser Beiträge erfolgt demnächst durch die Gemeindebehörden.

D r e s d e n , den 19. Februar 1909.

Ministerium des Innern.

Donnerstag, den 4. März 1909, von vormittags 1/10 Uhr ab

## Sitzung des Bezirks-Ausschusses.

B a u t z e n , den 24. Februar 1909.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Das Ansuchenverfahren über das Vermögen des Schuhmachermeisters Carl Wendisch in Ringenhain wird nach Abhaltung des Schlusstermins hierdurch aufgehoben.

B i s c h o f s w e r d a , den 24. Februar 1909.

Königliches Amtsgericht.

## März

Monats-Abonnements auf den täglich erscheinenden „Sächsischen Erzähler“ erbitten wir zu erneuern. Derselbe kostet bei sämtlichen Zuträgern ausschliesslich der Zustellungsgebühr wie bisher für einen Monat 50 Pfennig.

## 1909.

### Die Wetterwolke am Balkan.

Immer wieder gibt die politische Lage, wie sie durch die Balkanwirren erzeugt worden ist, Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen. In jüngster Zeit ist es die österreichisch-serbische Krise, welche sich mit einem Male erneut drohend aufgespielt hat, so drohend, daß in Wiener Börsenkreisen schon Gerüchte aufgetaucht waren, wonach eine kriegerische Lösung der Krise unvermeidbar geworden sein sollte. Nun hat sich zwar das Wiener auswärtige Amt beeilt, in einem von ihm herausgegebenen Communiqué diese Gerüchte als unbegründet zu bezeichnen, aber doch gibt die Mitteilung zugleich zu, daß man in den Wiener Regierungskreisen die Situation immerhin als eine kritische betrachtet. Es scheint eben, als ob die Serben in ihrem chauvinistischen Gebaren gegenüber der baltischen Monarchie immer ungenierter von Rußland begünstigt würden, trotz aller Versicherungen von Petersburger offizieller Seite, Rußland würde Serbien bei einem Kriege mit Oesterreich-Ungarn seinem Schicksale überlassen, nachdem von Wien aus bestimmt erklärt worden ist, Oesterreich-Ungarn denke gar nicht daran, bei einem etwaigen Feldzuge gegen Serbien auf territoriale Erwerbungen auszugehen. Geht es doch schon, das Petersburger Kabinett habe, un-

terstützt vom Pariser Kabinett, bei den Mächten eine Intervention in — Wien angeregt, um die österreichische Regierung zu bestimmen, einen Pfad gegenüber dem ungebürdigen serbischen Nachbar zurückzustecken, der russische Vorschlag sei aber gescheitert, weil sich Deutschland entschieden geweigert habe, mitzutun.

Jedenfalls ist die Rolle, welche Rußland in dem österreichisch-serbischen Konflikt spielt, eine ziemlich verdächtige, beinahe ebenso verdächtig, wie die Haltung des Zarenreiches in der Frage der Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens seitens der Mächte, welche Haltung durchaus den Eindruck eines doppelten Spieles der russischen Politik macht. Und die nämliche zweideutige Stellung nimmt das Zarenreich eben auch bezüglich der österreichisch-serbischen Gängel ein, nach außen markiert man die friedliebende Macht, insgeheim aber wird dem kriegerischen Serbenvolke der Rücken gestärkt, und hierdurch erklärt es sich denn auch vollkommen, wenn die serbischen Chauvinisten, der latendurstige Kronprinz Georg an der Spitze, immer offener nach dem Kriege mit Oesterreich-Ungarn schreien.

Es ist demnach nicht mehr zweifelhaft, daß die österreichisch-serbische Spannung, dank der hinterhältigen Politik Rußlands, ihren Höhepunkt er-

reicht hat. Vielleicht gelingt es noch den vereinigten Bemühungen der übrigen Mächte, eine friedliche Wendung herbeizuführen, aber leugnen läßt sich nicht, daß die Chancen für eine solche Lösung nichts weniger als günstige sind. Die Hauptschuld daran, daß die österreichisch-serbische Krise sich so zuspitzen konnte, liegt offenbar an der in Rußland immer mächtiger hervortretenden panslawistischen Strömung, die auch allmählich die Petersburger Regierungskreise ergreift und dort unausgesetzt im Sinne eines bewaffneten Eintretens Rußlands für das stammverwandte Serbien gegen Oesterreich-Ungarn. Schon bei dem russisch-türkischen Kriege in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte es die panslawistische Agitation in Rußland so weit gebracht, daß Kaiser Alexander II. den von den Türken bedrängten Serben schließlich beistehen und sehr gegen seinen Willen der Türkei den Krieg erklären mußte. Wird sich auch Nikolaus II. jetzt zu einem ähnlichen Schritte, der diesmal allerdings nicht der Türkei, sondern Oesterreich-Ungarn gelten würde, drängen lassen?  $\Delta$

### Deutsches Reich.

Das unter dem Protektorat des Kronprinzen stehende Komitee für die durch das Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen teilt mit, daß in Hannover der Provinzialverein vom Roten Kreuz gemeinschaftlich mit dem Provinzialverbande der vaterländischen Frauenvereine ein hannoversches Provinzialkomitee gebildet und daß dieses sich dem hiesigen Zentralkomitee angeschlossen hat. Dem Berliner Komitee sind noch beigetreten u. a. Regierungspräsident v. Borries-Magdeburg, Graf von Stosch-Breslau, Graf Hans Hermann von Schweinitz, Graf Wartenleben-Rogasen, Generalkonsul Leon. An Spenden gingen u. a. ein von Delbrück, Leo & Co. 5000 M., vom Verlagsbuchhändler Rudolph Rosse 1000 M., von Major von Pistorff 100 M., vom Verlagsbuchhändler Emil Rosse 1000 M. Angesichts der dringenden Not wird wiederholt um weitere Zusendungen gebeten. Gaben nimmt das Rote Kreuz Berlin, König-